Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 105 (2011)
Heft: 2

Artikel: Die Wirtschaft umfassender denken
Autor: Schrupp, Antje
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-390215

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Antje Schrupp

Die Wirtschaft umfassender denken

Thesen zum Grundeinkommen aus feministischer Sicht

An der Diskussion über ein bedingungsloses Grundeinkommen beteiligen sich deutlich mehr Männer als Frauen. Zwar gibt es wichtige Initiativen von Frauen zugunsten dieser Idee. So etwa selbst haben Feministinnen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz bereits 2004 einen Text dazu geschrieben und im Internet zur Diskussion gestellt (www.gutesleben.org). Auch die jüngste Aktion in Deutschland, eine Petition, die von weit über 50 000 Menschen unterzeichnet wurde, war von einer Frau, Susanne Wiest, initiiert worden.

Trotzdem ist die organisierte Grundeinkommensbewegung deutlich von Männern dominiert. Sie stellen sämtliche grossen «Namen» in der Debatte, und bei Grundeinkommens-Kongressen kommen feministische Perspektiven regelmässig nur am Rande vor. Andererseits gibt es auch viele Frauen, darunter auch feministische Ökonominnen, die die Idee eines Grundeinkommens skeptisch beurteilen.

Eine «Antiphathie» zwischen den Frauen und der Grundeinkommens-Idee ist eigentlich merkwürdig. Denn die einschlägigen Bedenken, die regelmässig dagegen vorgebracht werden – zum Beispiel die Befürchtung, ein Grundeinkommen mindere die «Leistungsbereitschaft» der Menschen, weil niemand mehr etwas arbeiten würde – sind aus weiblicher Perspektive noch weniger plausibel als ohnehin schon. Frauen haben schliesslich schon immer, mehr als Männer, auch ohne Geld gearbeitet, im Familienhaushalt, im Ehrenamt und so weiter. Und deutlich mehr Frauen als Männer legen auch bei der Erwerbsarbeit weniger Wert auf das Geld, das sie dafür bekommen – das ist einer der Gründe für das «Gender-Gap» in der Einkommensschere. Auch historisch gesehen betrifft die Vorstellung, der Sinn des Lebens erschliesse sich in erster Linie über den Beruf, eher männliche als weibliche Biografien. Aus all diesen Gründen müssten Frauen also eigentlich natürliche Verbündete der Grundeinkommensidee sein.

Andererseits habe Frauen sich erst vor kurzem und gegen starke Widerstände den gleichberechtigten Zugang zur Erwerbsarbeit erkämpft. Vielleicht sind sie deshalb etwas zurückhaltender, wenn ihnen vorgeschlagen wird, ihr Auskommen nun erneut von finanziellen Zuwendungen abhängig zu machen – und kämen sie auch von Seiten des Staates und nicht mehr von Vater oder Ehemann. Ein weiterer Punkt mag sein, dass sich mehr Frauen als Männer um den gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgen und befürchten, das Auseinanderdriften verschiedener sozialer Schichten könne sich erst recht beschleunigen, wenn die Erwerbsarbeit ihren sinnstiftenden und ordnenden Charakter verliert.

Das grösste Problem ist aber wohl, dass die bislang diskutierten Grundeinkommens-Modelle die Frage völlig ausser acht lassen, wie zukünftig Haus-

und Fürsorgearbeiten organisiert werden sollen. Konservative Denker wie der deutsche Unternehmer Götz Werner setzen in dieser Hinsicht sogar ganz explizit darauf, dass sich Frauen mit einem Grundeinkommen umso besser der Kindererziehung und häuslichen Pflege widmen können – weil sie dann ja nicht mehr gezwungen sind, ausser Haus für Geld zu arbeiten. Im eher linken Lager wird das natürlich nicht so offen gesagt, doch eine Antwort, wer denn *sonst* diese Arbeiten in Zukunft erledigen soll, bleibt man auch hier schuldig.

Derzeit gibt es für das Problem vier gleichermassen schlechte Lösungen: Entweder wird die Hausarbeit zusätzlich zur Erwerbsarbeit geleistet, was angesichts sich ausweitender Arbeitszeiten zu Überbelastung führt. Oder sie wird von schlecht bezahlten und mit unsicherem Aufenthaltsstatus belasteten Arbeitsmigrantinnen geleistet. Eine dritte Möglichkeit ist, sie marktförmig zu organisieren und damit der Verbetriebswirtschaftlichung auszuliefern – mit allen negativen Folgen für die Qualität, die das hat. Oder, viertens, diese Arbeit bleibt schlicht und ergreifend liegen – mit den entsprechend negativen Folgen für die Lebensqualität. In der Realität existiert eine Mischung aus allen Varianten, und in jeder davon ist der Anteil der Männer mit weit unter zehn Prozent marginal. Vermutlich ist das der Grund, warum sie das Problem für nicht so wichtig halten.

Anstatt jedenfalls theoretische und praktische Lösungen dafür zu suchen oder sich auch überhaupt erst einmal einzugestehen, dass hier ein Problem existiert, ist in den Berechnungen der meisten Grundeinkommens-Befürworter über den zukünftigen Arbeitsbedarf immer nur von der Produktion die Rede: Durch Effizienzsteigerungen und Technisierung, so die Kalkulation, würden so viele traditionelle Arbeitsplätze wegfallen, dass ein Grundeinkommen notwendig ist, um die Teilnahme aller am Konsum zu gewährleisten.

Doch für die notwendigerweise zu erledigenden Haus- und Fürsorgearbeiten trifft diese Diagnose schlicht und einfach nicht zu. In Kindergärten, Krankenhäusern und Altenpflegeeinrichtungen ist schon lange das Ende möglicher Rationalisierungsprozesse erreicht, und schon die bisherigen gehen vielerorts zu Lasten der Qualität. Das Volumen dieser Arbeiten wird in Zukunft eher grösser als kleiner werden: durch die demografische Entwicklung, die mit einer längeren Lebenserwartung auch einen grösseren Bedarf an haushaltsnahen Dienstleistungen in den älteren Bevölkerungsgruppen mit sich bringt, und durch den nicht mehr rückgängig zu machenden Trend zu einer grösseren Erwerbsbeteiligung der Frauen, die zur Folge hat, dass die weibliche Gratisarbeit von ehedem nun einmal nicht mehr im gleichen Mass wie früher zur Verfügung steht.

Es ist also schlicht nicht wahr, dass uns «die Arbeit» ausgeht – das stimmt nur für den Produktionsbereich. Im Care- und Fürsorgebereich wird die Arbeit mehr werden und nicht durch Produktivitätssteigerungen aufzufangen sein. Das Grundeinkommen hätte hier also nicht die Funktion, die Konsumteilhabe von Arbeitslosen sicher zu stellen, sondern freiere Aushandlungsprozesse über Arbeitsmotivation und Arbeitsbedingungen zu ermöglichen, diese Bereiche also der eng geführten betriebswirtschaftlichen Logik zu entziehen. Die Frage bleibt trotzdem, von wem diese Arbeit in Zukunft gemacht wird und unter welchen Bedingungen. Wenn man stillschweigend darauf setzt, dass die Frauen sich darum schon kümmern werden, muss man sich nicht wundern, wenn die Frauen diese Idee nicht sonderlich attraktiv finden.

Das Grundeinkommen ist aus feministischer Sicht nur sinnvoll, wenn es in eine umfassendere Perspektive von Wirtschaft eingebunden ist. Es kann keinesfalls die allein seligmachende Lösung für die gegenwärtigen sozialen Heraus-

forderungen und wirtschaftlichen Krisen sein. Es muss eingebettet sein in ein umfassendes kulturelles Neudenken, das nicht auf Autonomie setzt, sondern die gegenseitigen Abhängigkeiten und Bedürftigkeiten der Menschen ernst nimmt und Lösungen entwickelt, wie die daraus folgenden Notwendigkeiten auf menschenfreundliche Weise organisiert werden sollen.

Doch von so einer Perspektive sind die meisten Grundeinkommensmodelle weit entfernt. Vielmehr neigen sie dazu, die Fürsorgearbeiten tendenziell wieder aus der eigentlichen «Wirtschaft» auszuschliessen. Skeptisch muss es zum Beispiel stimmen, wenn von Befürwortern des Grundeinkommens ständig auf die «Freiheit» oder das «Recht» der Menschen verwiesen wird, von ökonomischen Zwängen losgelöst ihren «eigentlichen» Vorlieben und Initiativen nachzugehen. Was aber, wenn dann niemand Lust dazu hat, die Fenster zu putzen oder kranke Menschen zu pflegen, nahrhaftes Essen zu kochen oder was dergleichen mehr ansteht? Kein Wunder, dass bei Frauen bei solchen Argumenten die Alarmglocken angehen. Sie wissen nämlich, dass jenseits der Erwerbsarbeit keineswegs nur Selbstverwirklichung, Müssiggang und Kreativität auf uns warten, sondern eben auch ein Berg von Arbeit (für die uns niemand bezahlt).

Feministische Ökonominnen denken schon seit langem darüber nach, wie es möglich sein könnte, die Verknüpfung zwischen Geldkreislauf und nicht marktförmigen Care-Arbeiten, zwischen Einkommen und Lebenssinn so herzustellen, dass Freiheit und Bedürftigkeit nicht mehr als Widersprüche sondern als gleichermassen wichtige Bedingungen des Menschseins gedacht werden. Sie arbeiten an Modellen, wie es sichergestellt werden kann, dass Menschen, die gesellschaftlich notwendige Arbeit leisten, die sich nicht im Sinne des Marktgesetzes von Angebot und Nachfrage «rechnen», dennoch genug Geld haben. Und wie diese notwendigen Arbeiten und ihre Kosten auch in den volkswirtschaftlichen Bilanzen sichtbar gemacht werden können.

Ein Ergebnis dieses Nachdenkens ist die Skepsis gegen eine – gerade von den Linken – häufig ausgerufene klare Trennung zwischen «Markt» und «Nicht-Markt». In dieser Logik wird versucht, bestimmte Bereiche des Lebens ihrer «Ökonomisierung» zu entziehen beziehungsweise sie davor zu retten. Doch gerade diese Trennung hat in der Vergangenheit ja zur Einkerkerung von Frauen in vermeintlich «nicht-öffentliche» Sphären geführt. Wie sinnvoll sind solche Dualismen heute noch, wo sich längst alles vermischt, Freizeit und Arbeit, Autonomie und Abhängigkeit, Männlichkeit und Weiblichkeit, Markt und Ehrenamt?

Die italienische Philosophinnengemeinschaft Diotima hat ihrer Ringvorlesung an der Universität von Verona vor einigen Jahren einen provokanten Titel gegeben, der eine andere Richtung einschlägt: «Soll wirklich alles auf den Markt getragen werden? Ja, dann aber auch wirklich alles!» Dieses Motto weist auf einen Umstand hin, der häufig unbeachtet bleibt: dass es nämlich nicht damit getan ist, «den Markt» zurückzudrängen und Freiräume ausserhalb zu schaffen, sondern dass es darum geht, überhaupt erst einmal einen wirklich realistischen Markt zu denken, einen, auf dem dann tatsächlich auch alles verhandelt und einkalkuliert wird, was mit «Wirtschaft» zu tun hat, also mit der Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen nach Nahrung, Kleidung, Obdach und Lebenssinn.

Denn es ist ja falsch zu sagen, der Kapitalismus würde alle Bereiche des Lebens durchdringen. Er konnte sich überhaupt nur deshalb etablieren, weil existenziell wichtige und grosse Bereiche der Wirtschaft – der so genannte «häusliche» Bereich – gerade *nicht* kapi-

talistisch organisiert wurden. Insofern sind die Bilanzen nicht erst im «Turbokapitalismus» gefälscht worden, sondern schon immer: Die Marktwirtschaft nährt sich von Beginn aus der Gratisarbeit (überwiegend) der Frauen. Der ganze Kapitalismus funktioniert überhaupt nur, weil es viele Menschen gibt (deutlich mehr Frauen als Männer), die trotzdem, gegen jede kapitalistische Logik und vollkommen jenseits des Bruttosozialproduktes das tun, was nötig ist, um den Bedürfnissen der Menschen gerecht zu werden. Sie tun das teilweise aus Zwang oder aufgrund von Sitten, teilweise aber auch freiwillig und mit durchdachtem Plan, oft unter Verzicht auf ihre persönliche Freiheit, und bis heute weitgehend unter Verzicht auf ein der Bedeutung ihrer Arbeit angemessenes Geld-Einkommen.

Es gibt also nicht nur *eine* Wirtschaft, sondern es gibt eine Vielfalt an Ökonomien, und zwar nicht nur global über den Erdball verstreut, sondern auch innerhalb der vermeintlich «kapitalistischen» Gesellschaften. Alle diese Ökonomien haben mit Handeln und Aushandeln, mit Geben und Nehmen zu tun. Ein Grundeinkommen wäre daher nicht als eine Alternative zur «Wirtschaft» zu denken, nicht als etwas, das bestimmte Bereiche der wirtschaftlichen Logik entzieht, sondern im Gegenteil als ein Modell, das sich in diese Vielfalt der Ökonomien einreiht und damit unser Verständnis vom Ökonomischen insgesamt vertieft und erweitert.

Wenn wir Wirtschaft in diesem weiteren Sinn verstehen, wird klar, dass Frauen nicht in die Wirtschaft «integriert» werden müssen, sondern schon immer in deren Zentrum stehen, dass sie wertvolle Kenntnisse und Erfahrungen haben, die bei der gegenwärtigen Neuorientierung unbedingt gehört und befragt werden müssen. Damit endlich offen gelegt wird, was in der Realität alles auf diesem Markt getauscht wird: Anerkennung, Sinnstiftung, Freude und Geld. Das sind keine Gegensätze, sondern bedingt sich gegenseitig. Das Gesetz von Geld und Recht fängt nicht da an, wo die persönlichen Beziehungen aufhören, und andererseits sind die persönlichen Beziehungen nicht über Geld und Recht erhaben.

Es ist also zum Beispiel falsch, ein Grundeinkommen als «bedingungslos» anzusehen. Vielmehr stünde auch ein Grundeinkommen, also ein Geldbetrag, den alle unabhängig von ihrer Erwerbsarbeit bekommen, in einem Geflecht von Geben und Nehmen, wäre angewiesen auf dieses menschliche Beziehungsnetz des umfassenden Wirtschaftens. Besser ist es, von einem *leistungsunabhängigen* Grundeinkommen zu sprechen: Niemand muss etwas leisten dafür. Aber Bedingungen gibt es eben durchaus, die erfüllt sein müssen, wenn es ein Grund-einkommen geben soll. Es ist kein Instrument, das den Menschen ein «unabhängiges» Leben ermöglicht, sondern im Gegenteil gerade die monetäre Sichtbarmachung der Tatsache, dass wir alle immerzu von anderen Menschen abhängig sind.

Dies ist im Übrigen ein wichtiger Punkt, bei dem sich die meisten feministischen Denkerinnen einig sind, und zwar ganz unabhängig davon, ob sie für oder gegen ein Grundeinkommen sind. Auch die Gegnerinnen des Grundeinkommens – etwa Subsistenztheoretikerinnen wie Veronika Bennholdt-Thomsen, die befürchten, ein Grundeinkommen würde die Menschen vom Geld nur noch abhängiger machen, oder eher «linken» Denkerinnen wie Frigga Haug oder Gisela Notz, die sich für einen existenzsichernden Zugang zur Erwerbsarbeit vornehmlich auf dem Weg der Arbeitszeitverkürzung stark machen – versuchen, Wirtschaft in einem umfassenderen Sinn neu zu denken und nicht Gewinnmaximierungs-Mechanismen, sondern die Sorge für die konkreten menschlichen Lebensbedürfnisse ins Zentrum zu stellen. Sie kommen nur zu anderen konkreten Schlussfolgerungen.

Dr. Antje Schrupp ist Politikwissenschaftlerin und Journalistin und lebt in Frankfurt am Main. Sie publiziert und forscht zur weiblichen politischen Ideengeschichte und schrieb u.a. eine Biografie der ersten US-amerikanischen Präsidentschaftskandidatin Victoria Woodhull. In ihrem neuesten Buch «Methusalems Mütter» analysiert sie den demografischen Wandel aus feministischer Perspektive. Sie arbeitet als Redakteurin der Mitgliederzeitung «Evangelisches Frankfurt» und gehört zu den Initiatorinnen des Internetforums www.bzw-weiterdenken.de. Seit sechs Jahren engagiert sie sich für die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens. Kontakt:antjeschrupp@aol.com.

Diese kontroverse Diskussion unter Frauen (und Männern, die sich von der Idee des «autonomen» und nicht auf Hilfe angewiesenen Menschen verabschiedet haben) zu führen, ist um Meilen fruchtbarer als viele Debatten innerhalb der Grundeinkommensbewegung, die meistens bloss um die genaue Höhe der monatlichen Auszahlung, dieses oder jene detaillierte Finanzierungsmodell oder gar um die ideologischen Hintergründe der verschiedenen Positionen kreisen – etwa die nicht totzukriegende Frage, ob aufrechte Linke mit einem Kapitalisten wie Götz Werner überhaupt gemeinsame Sache machen dürfen.

So, wie es derzeit häufig diskutiert wird, ist das Grundeinkommen nur eines von vielen wirtschaftspolitischen Programmen und Systemen, über die sich männliche Wortführer in ihrem altbekannten Schlagabtauschs-Gestus streiten. Vor dem Hintergrund feministischer ökonomischer Vorarbeiten kann es aber höchstens ein Baustein sein in einem viel umfassenderen Projekt. Als isolierte politische Forderung ist es möglicherweise sogar eher schädlich als nützlich. Wird es jedoch als Vorschlag gesehen, an den sich die Vision einer anderen Welt, eines anderen Menschenbildes knüpft, an deren Ausgestaltung Frauen massgeblich beteiligt sind, dann kann es inspirieren und dann auch eine sinnvolle konkrete Massnahme sein. ●

Leserbrief zu Felix Austria von Rolf Bossart (NW 12/10)

Vor mehr als vierzig Jahren bin ich aus Österreich in die Schweiz zugewandert. Mit dem letzten Satz des Beitrages trifft Rolf Bossart den Punkt, der mich seither immer wieder beschäftigt: Warum ist die Schweiz so ungemütlich und doch so fremdenfeindlich?

Gerne nahm ich zur Kenntnis, « dass Österreich dem Neoliberalismus weniger Zugeständnisse machen musste als andere EU-Länder». Die Begründung dafür allerdings scheint mir nicht hinreichend. Mit der «Illusion der intakten Volksgemeinschaft» trifft aber Bossart den Kern. Doch diese Illusion allein mit dem «antimodernistischen Pakt der Nazi» zu erklären, greift zu kurz. Damit bringt er Österreich in den Verruf, eine Nation von Altfaschisten zu sein. Wie sehr die Schweizer Medien zu dieser Interpretation neigen, zeigt sich seit Haiders Zeit. Von Kärnten, meiner alten Heimat, ist meist nur noch als Haider-Land die Rede. Trotz den beschämenden politischen Verhältnissen dort, wird dies dem Land nicht gerecht. Ohne auf das Trauma zu reflektieren, welches der Untergang der Habsburger Monarchie hinterlassen hat, lässt sich weder die Widerständigkeit noch der Faschismus erklären. Mein Vater hat damals als junger Mann gegen den Angriff Italiens im Gebirgskrieg an der Front gestanden. Trotz der Niederlage durfte er den Bestand der Kärntner Südgrenze als Erfolg für sich und seine Leute in Anspruch nehmen. Es ist schlimm, dass die damalige Sicherung der Grenzen zur Diffamierung der Kärntner Slowenen geführt hat.

In der Schweiz ist die Erfahrung des Widerstandes eine ganz andere gewesen. Ich sehe in der Reduit-Politik, die unter dem Namen «Alpenfestung» verkauft wurde, letztendlich einen Verrat am Volk. Das Volk verreckt und die Armee hockte in den Alpen. So ungefähr hat es Dürrenmatt ausgedrückt. Männer waren gezwungen, ihre Angehörigen schutzlos zurückzulassen. Wie wenig nachher das Verdienst der Frauen am Überleben des Volkes gewürdigt wurde, stattdessen aber die Armee den Ruhm für die Nichtbesetzung an ihre Fahnen heftete, ist kaum zu glauben. Mich erstaunt, wie wenig über diese traumatischen Erfahrungen breiter Kreise hierzulande nachgedacht wird. Die rückständige Familienpolitik spricht für sich. Immer noch wird nach einem Feind Ausschau gehalten, gegen den das Volk sich kampfbreit halten sollte. Lieber sich gegenseitig erschiessen, als die Waffe aus dem Schrank rücken. Sehr ungemütlich!

Soviel als bruchstückhafte Antwort aus der Sicht des österreichischen Migranten auf die von Rolf Bossart gestellte Frage.

Klaus Sorgo, Mönchaltorf